



# Neue Zürcher Zeitung

**archiv.nzz.ch**

Das Zeitungsarchiv der NZZ seit 1780

---

## Herzlich willkommen im NZZ Archiv

Die von Ihnen bestellte Seite aus dem NZZ Archiv im PDF-Format:

### **Neue Zürcher Zeitung vom 11.05.2018 Seite 6**

*NZZ\_20180511\_6.pdf*

Nutzungsbedingungen und Datenschutzerklärung:  
[archiv.nzz.ch/agb](http://archiv.nzz.ch/agb)

Antworten auf häufig gestellte Fragen:  
[archiv.nzz.ch/faq](http://archiv.nzz.ch/faq)

Kontakt:  
[leserservice@nzz.ch](mailto:leserservice@nzz.ch)

# Der lange Schatten der Folter

Gina Haspel führte ein geheimes Gefängnis und soll nun die erste CIA-Chefin werden

PETER WINKLER, WASHINGTON

Gekannt hat man sie eigentlich nicht. Zwar steht Gina Haspel seit 33 Jahren im Dienst der Central Intelligence Agency (CIA), des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes. Doch die meisten Jahre davon arbeitete die 61 Jahre alte Frau aus Kentucky verdeckt. Erst in den letzten Wochen wurde etwas mehr über sie bekannt. Denn Gina Haspel soll die erste Chefin «ihres» Dienstes werden, da der frühere Direktor Mike Pompeo ins Außenministerium umzog.

## Lob von den Insidern

Haspel hatte sich in langen Jahren bis in die zweithöchste Funktion als stellvertretende Direktorin emporgearbeitet. Sie ist ohne Zweifel hoch qualifiziert und verfügt auch über den nötigen Biss, um diese grosse und wichtige Behörde zu führen. Andernfalls wäre sie, zumal als Frau, nicht derart weit gekommen. Ihre Ernennung zur Vizedirektorin erntete in Geheimdienstkreisen überschwängliche Zustimmung.

Doch von aussen sieht die Sache etwas anders aus. Haspel führt schweres Gepäck aus der Vergangenheit mit sich. Sie war Teil der berühmten Anti-Terrorismus-Operation «detention and interrogation program». Im Rahmen dieses Programms wurden nach den Anschlägen von 9/11 Verdächtige in geheimen Gefängnissen festgehalten und Verhörmethoden unterworfen, die in vielen Fällen nur mit Folter umschrieben werden können. Besonders notorisch war das «waterboarding», das simulierte Ertränken von Gefangenen.

Haspel war kein kleines Rädchen in dieser Operation, sondern führte 2002 das Geheimverlies in Thailand. Dort wurden zwei Gefangene dem «waterboarding» unterzogen – einer von ihnen in Haspels Amtszeit. Foltersitzungen wurden damals auf Video aufgenommen. Später entbrannte ein Streit darüber, ob das Material vernichtet werden sollte. Haspel, bereits in einer Kaderfunktion im Hauptquartier von Langley, setzte sich energisch dafür ein. Sie befürchtete, dass die Aufnahmen an die Öffentlichkeit gelangen und die beteiligten CIA-Agenten, deren Gesichter erkennbar waren, Opfer von Vergeltungsmassnahmen werden. Noch bevor die entsprechende Erlaubnis gegeben wurde, hatte ihr Vorgesetzter die Zerstörung der



Haspel liess Videos vernichten, die das simulierte Ertränken von Verdächtigen durch die CIA dokumentierten. AARON P. BERNSTEIN / REUTERS

Videos angeordnet. Haspel setzte das Telegramm an die betroffenen CIA-Stationen auf, die unverzüglich zur Tat schritten. In einer internen Untersuchung kam die CIA 2011 allerdings zum Schluss, Haspel habe auf Anweisung ihres Chefs gehandelt und trage für die illegale Zerstörung des belastenden Materials keine Verantwortung.

Doch genau das Befolgen von Befehlen stand im Zentrum der Anhörung, die der Senat am Mittwoch für die Bestätigung Haspels ansetzte. Demokraten, aber auch einige Republikaner wollten von Haspel wissen, wie sie reagieren würde, wenn sie von Präsident Donald Trump den Befehl erhalten sollte, erneut Foltermethoden anzuwenden. Die Frage liegt nahe: Trump hatte im Wahlkampf mehrfach behauptet, Folter sei ein taugliches Instrument bei Verhören. Er werde «waterboarding» und «noch viel Schlimmeres» anordnen, wenn er es für nötig halte.

Mit Nachdruck versuchte Haspel dazulegen, dass die CIA in den Jahren nach

9/11 einige «schwierige Lektionen» gelernt habe. Sie würde sich kategorisch weigern, wieder ein Verhörprogramm anzuordnen, sagte sie weiter. Stattdessen wolle sie die CIA strikt in ihrem Kerngeschäft arbeiten lassen, dem Sammeln und Auswerten von Informationen.

## Keine klaren Worte

Das waren zwar die politisch korrekten Aussagen, die man erwartet hatte. Doch mehrere Senatoren konnten ihre Enttäuschung nicht verbergen, dass Haspel die Folter nicht grundlegend verurteilen mochte. Vielmehr sagte sie zweideutig, man könne nicht wissen, ob die «verschärften Verhörmethoden» dazu beigetragen hätten, dass die CIA von den Gefangenen wertvolle Informationen erhalten habe. Sie insistierte zwar, ihr moralischer Kompass sei sehr stark und sie würde unmoralische Befehle niemals ausführen, auch wenn diese rein juristisch legal wären. Doch gleichzeitig stellte sie das Unmoralische der Folter

eben nicht infrage. John McCain, oft das Gewissen der Republikaner im Senat, nahm genau dies zum Anlass, sich gegen eine Bestätigung Haspels auszusprechen, auch wenn sie zweifellos eine verdiente Patriotin sei. McCain war selber in vietnamesischer Kriegsgefangenschaft gefoltert worden, blickt jetzt aber dem baldigen Tod wegen eines Hirntumors entgegen.

Haspels Bestätigung setzt eine einfache Mehrheit im Senat voraus. Die Republikaner verfügen ohne McCain über eine hauchdünne Mehrheit von 50 zu 49 Sitzen. Aber auch Rand Paul hat bereits angekündigt, gegen Haspel zu stimmen, weil sie wesentlich am «detention and interrogation program» beteiligt gewesen sei. Auf der anderen Seite brach Joe Manchin aus West Virginia die Abwehrfront der Demokraten auf. Er steht in seinem konservativen Gliedstaat im Herbst vor einer schwierigen Wiederwahl und kündigte deswegen bereits seine Unterstützung für Präsident Donald Trumps Wunschkandidatin an.

# Drogenskandale in der Führungsriege der Farc

Die Vorwürfe gegen einen Architekten von Kolumbiens Friedensprozess überschatten die Präsidentschaftswahlen

NICOLE ANLIKER, RIO DE JANEIRO

Seit er vor gut einem Monat in Bogotá festgenommen worden ist, ist Jesús Santrich nichts mehr. Die kolumbianische Staatsanwaltschaft nahm den 51-Jährigen fest, weil er angeblich zehn Tonnen Kokain im Wert von rund 320 Millionen Dollar in die USA exportieren wollte. Die Anschuldigungen treffen die Farc mitten ins Herz, denn der erblindete Santrich war nicht nur ein ranghoher Anführer der einstigen Farc-Guerilla, sondern galt auch als einer der Väter des Friedensabkommens zwischen der Regierung und der Guerilla. Im Juli hätte er für die Farc-Partei einen der zehn im Friedensvertrag garantierten Parlamentssitze einnehmen sollen. Stattdessen fordern die USA nun via Interpol seine Auslieferung; ein New Yorker Gericht hat Anklage erhoben. Santrich streitet die Vorwürfe ab und liegt wegen seines Hungerstreiks im Spital.

## Koka-Labors und Flugzeuge

Santrich galt als überaus hartnäckiger Verhandlungspartner, radikal und zuweilen kompromisslos. Diese Eigenschaften scheint er auch bei Drogengeschäften eingesetzt zu haben. Laut kolumbiani-

schen Medien flog seine Verwicklung mit der Unterwelt zufällig auf, als amerikanische Geheimagenten der Antidrogenbehörde DEA gegen Mitglieder der mexikanischen Sinaloa-Kartells ermittelten, die in Kolumbien Kokain kaufen wollten. Santrich soll die Verhandlungen geleitet haben. Laut Interpol gibt es Beweise dafür, dass der frühere Farc-Kommandant nicht nur Zugang zu Tonnen von Koka-Labors und zu in den USA registrierten Flugzeugen, um das Rauschgift zu transportieren. Die Verhaftung von Santrich und seinen Männern erfolgte noch, bevor das Geschäft abgewickelt wurde.

Iván Márquez, die Nummer zwei der Farc und der einstige Delegationsleiter bei den Friedensgesprächen, bezeichnete die Festnahme als illegal. Er erklärte, dass er auf seinen Sitz im Parlament verzichten werde. Kurz darauf berichtete das «Wall Street Journal», dass auch gegen Márquez wegen Verbindungen zu mexikanischen Drogenkartellen ermittelt werde. Bogotá dementierte den Bericht. Beim Kronzeugen der DEA handelt es sich ausgerechnet um Márquez' Neffen, Marlon Marín. Marín weiss über das Innenleben der Farc bestens Bescheid. Er war zwar nie Mitglied der

Guerilla, durch seinen Onkel pflegte er aber enge Verbindungen zu ihr.

## Veruntreute Gelder

Die Staatsanwaltschaft beschuldigt Marín, der Kopf eines Korruptionsrings zu sein, der für den Friedensprozess vorgesehene Gelder unterschlagen habe. Der Korruptionsskandal hatte Präsident Santos letztes Jahr in Erklärungsnot gebracht. Nun wickelte derselbe Marín an der Seite von Santrich das Drogengeschäft mit den Mexikanern ab. Nach seiner Festnahme entschied er sich, mit den Behörden zu kooperieren, und versprach, auszupacken. Darum ist er jüngst in die USA gereist.

Vergangene Woche fror die nationale Wahlbehörde CNE auch noch die Konten der Farc-Partei aufgrund von Unregelmässigkeiten ein. Staatliche Wahlkampfgelder sollen von einem offiziellen Parteikonto illegal auf das Privatkonto des Kampagnenchefs überwiesen worden sein. Für die rund 7000 demobilisierten Guerilleros, die sich auf die Reintegration ins zivile Leben in Übergangscamps vorbereiten, sind diese Nachrichten nicht sehr ermutigend. Inoffizielle Schätzungen sprechen von 1000 bis 2000 früheren Rebellen, die sich dem Frie-

densprozess bereits verweigert haben. Viele sind in den Urwald zurückgekehrt und haben sich neuen bewaffneten Gruppen angeschlossen.

## Stärkung der Skeptiker

Die Geschehnisse, nur wenige Wochen vor den Präsidentschaftswahlen, sind Gift für den Friedensprozess. Das Friedensabkommen, welches im November 2016 dem mehr als 60-jährigen Konflikt ein Ende setzte, war von Anfang an umstritten. Vertragsgegner misstrauten der Guerilla. Deren Beteuerungen, sich von illegalen Geschäften und der Gewalt abzuwenden, nahmen sie ihnen nie ab. Angesichts der jüngsten Skandale sehen sich viele Kolumbianer nun in ihrer Skepsis bestätigt.

Davon wird mit grosser Wahrscheinlichkeit der rechte Präsidentschaftskandidat und Vertragsgegner Iván Duque profitieren. Er führt die Umfragewerte an. An zweiter Stelle liegt der linke Gustavo Petro. Der erste Wahlgang am 26. Mai findet in einem polarisierten Umfeld statt. Dabei steht nicht wenig auf dem Spiel: Die Wahlen werden darüber entscheiden, wie entschlossen der Friedensvertrag in den kommenden Jahren umgesetzt wird.

# Millionenbeträge für Trumps Troubleshooter

Firmen bezahlten Michael Cohen für unbekanntes Gegenleistungen

BEAT AMMANN, WASHINGTON

Nach der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten hat dessen langjähriger Rechtsberater, Michael Cohen, von Firmen mit Geschäftsinteressen in den USA Zahlungen in der Höhe von insgesamt mehreren Millionen Dollar erhalten. Unter seinen «Kunden» war auch ein Unternehmen aus dem Umkreis des russischen Oligarchen Viktor Vekselberg, das eine halbe Million Dollar bezahlt haben soll. Vekselberg ist in der Schweiz nicht zuletzt dank seinem Mehrheitsanteil am Winterthurer Traditionsunternehmen Sulzer bekannt. Zu den Firmen, die Cohen für unklare Beratungsdienstleistungen entlohnten, zählte auch der Basler Pharmakonzern Novartis. Er überwies laut Medienberichten gesamthaft 1,2 Millionen Dollar an eine von Trumps Anwalt gegründete Strohfirma namens Essential Consultants.

## Erhoffte Insiderinformationen

Novartis bestreitet die Informationen nicht. Das Unternehmen habe kurz nach der Amtseinstellung von Trump einen Einjahresvertrag mit Essential Consultants abgeschlossen. Von Cohen erhoffte sich Novartis Hinweise darauf, wie die Regierung gesundheitspolitische Themen angehen werde. Doch nach einem ersten Treffen habe man entschieden, dass Cohen und Essential Consultants diese Ratschläge nicht geben könnten. Den Vertrag habe man auf Februar 2018 auslaufen lassen. Novartis und der Telekommunikationskonzern AT&T, der Cohen für 600 000 Dollar ebenfalls anheuerte, zogen mit ihren Zahlungen die Aufmerksamkeit des Sonderermittlers Robert Mueller auf sich und wurden im vergangenen Jahr von Untersuchungsbeamten dazu befragt.

Erste Hinweise auf Cohens Geschäfte kamen am Dienstag vom Anwalt der Pornodarstellerin Stormy Daniels, Michael Avenatti. Nach dessen Angaben wurde Cohens Strohfirma auch dazu benutzt, um Stormy Daniels, die mit bürgerlichem Namen Stephanie Clifford heisst, vor der Präsidentschaftswahl Ende 2016 ein Schweigegeld von 130 000 Dollar zu überweisen. Stormy Daniels verpflichtete sich im Gegenzug, über ihre angebliche Affäre mit Trump vor zehn Jahren Stillschweigen zu bewahren.

Besondere Aufmerksamkeit erregt die Zahlung von einer halben Millionen Dollar durch Columbus Nova, einen amerikanischen Ableger der von Vekselberg kontrollierten Renova-Gruppe. Es grenzt ans Unglaubliche, dass Cohen Geld aus dem Umfeld eines solchen Mannes annehmen würde, während Trumps Russland-Verbindungen längst Gegenstand einer Untersuchung durch Mueller waren. Nach Angaben von Avenatti dauerten die Zahlungen in Raten bis im August 2017 an. Laut Columbus Nova bestand allerdings zwischen Vekselberg nie ein Vertragsverhältnis mit Cohen oder Essential Consultants.

## Sanktionen gegen Vekselberg

Vekselberg wurde von den USA mit Sanktionen belegt, da er als Teil einer russischen Machtstruktur betrachtet wird, die 2016 versucht habe, den Ausgang der amerikanischen Wahlen zugunsten von Trump zu manipulieren. Cohen ist selber längst ins Visier der Behörden geraten. Die New Yorker Bezirksanwaltschaft durchsuchte im April seine Büros und Wohnräume und beschlagnahmte Material. Untersucht wird, ob er gegen Bank- und Wahlkampfgesetze verstossen hat. Seine Beratungsgeschäfte mögen legal gewesen sein, obwohl Cohen nicht als Lobbyist registriert ist. Trotzdem erscheinen die Zahlungen als eine besonders schmierige Blase jenes Sumpfes in Washington, den Trump angeblich trockenlegen wollte. Der Verdacht liegt nahe, dass sich die Auftraggeber über Trumps Troubleshooter Zugang zu dessen Umfeld erkaufen wollten.